

■ IDZ: Zahnärztliche Existenzgründung

Die Übernahme einer Einzelpraxis war im Jahr 2006 die häufigste Form der zahnärztlichen Existenzgründung. In den alten Bundesländern entschieden sich 52 Prozent, in den neuen Bundesländern 81 Prozent der Zahnärzte für den Weg in die Selbstständigkeit, so ein zentrales Ergebnis der neuen Studie des Instituts der Deutschen Zahnärzte (IDZ) für das Jahr 2006. 29 Prozent der zahnärztlichen Existenzgründer wählten in den alten Bundesländern im Jahr 2006 die Gemeinschaftspraxis als Praxisform. In den neuen Bundesländern war dies lediglich jeder zehnte Existenzgründer (2005: 21 Prozent). Interessant ist der Unterschied in den Gründungen nach Bundesland und Geschlecht: 58 Prozent der Existenzgründungen durch Männer und 42 Prozent durch Frauen in den alten Bundesländern stehen einem nahezu spiegelbildlichen Gründungsverhalten in den neuen Bundesländern gegenüber. 46 Prozent der Existenzgründungen wurden von Männern und 54 Prozent von Frauen vorgenommen. Das Investitionsvolumen für die Neugründung einer westdeutschen Einzelpraxis betrug 316 000 Euro und lag somit 11 Prozent unter dem Vorjahreswert. Damit ist eine über den Zeitraum von 1999 bis 2005 andauernde Phase beständig steigender Investitionen zu Ende gegangen. Das Investitionsvolumen einer Einzelpraxisübernahme sank 2006 ebenfalls um 7 Prozent auf 246 000 Euro. Trotz des deutlichen Rückgangs der Finanzierungsvolumina wurde das zahnärztliche Investitionsvolumen für eine Einzelpraxisneugründung in den alten Bundesländern auch im Zeitraum 2005/2006 im Vergleich zu den ärztlichen Investitionen von keiner anderen medizinischen Facharztgruppe übertroffen. Weitere Informationen unter www.idz-koeln.de. ik / IDZ

■ PKV: Neuer Ombudsmann

Zum 1. November 2007 übergibt der amtierende Ombudsmann der privaten Kranken- und Pflegeversicherung, Arno Surminski, das Amt an Dr. Helmut Müller. Surminski beendet seine Tätigkeit nach zwei Amtszeiten auf eigenen Wunsch. Die Institution des Ombudsmanns wurde vom Verband der privaten Krankenversicherung im Oktober 2001 mit Arno Surminski eingerichtet. Die außergerichtliche Schlichtungsstelle hat es sich zur Aufgabe gemacht, Streitfälle zwischen Versicherungsunternehmen und Versicherten bereits im Vorfeld und außergerichtlich

zu schlichten. Im Jahr 2006 wurden vom Ombudsmann rund 3 000 Fälle bearbeitet. Dr. Helmut Müller war bis 2002 Präsident des früheren Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, dem er in verschiedenen Funktionen insgesamt 35 Jahre lang angehörte. Nach seinem Ausscheiden im Jahr 2002 arbeitete der Jurist als Berater nationaler und internationaler Organisationen. ik / PKV e.V.

■ Ärztebewertungen im Internet

Vermehrt erscheinen im Internet Bewertungsportale, in denen Patienten ihre Meinung über Ärzte und Zahnärzte öffentlich äußern. Die Ärzte stehen diesem Trend eher zwiespältig gegenüber. Das ergibt die jetzt publizierte Studie „Ärzte im Zukunftsmarkt Gesundheit 2007“ der Stiftung Gesundheit. Gut 92 Prozent der Ärzte stimmen der Aussage zu, dass Patienten großes Interesse daran haben, Ärzte empfohlen zu bekommen. 72,8 Prozent erwarten, dass Empfehlungslisten voranschreiten werden. 78,5 Prozent sind der Auffassung, dass Bewertungslisten den Erfolg einzelner Ärzte stärken werden. Im Hinblick auf die Bewertung der ärztlichen Kompetenz sind 61,2 Prozent der Mediziner der Meinung, dass Laien diese nicht einschätzen oder gar bewerten können. Mehr als 60 Prozent sind gleichwohl der Auffassung, dass Kollegen durchaus die ärztliche Kompetenz der Kollegen einschätzen können. Befragt wurden gut 30 000 repräsentativ ausgewählte Ärzte, Zahnärzte und Psychologische Psychotherapeuten. Insgesamt haben an der Studie 1 902 Ärzte teilgenommen – dies entspricht einer Antwortquote von 6 Prozent. Die Stiftung Gesundheit ist eine gemeinnützige rechtsfähige Stiftung bürgerlichen Rechts. Deren satzungsgemäße Aufgabe ist es, Transparenz im Gesundheitswesen zu fördern und praktische Orientierungshilfe zu bieten. Eine Kurzfassung der Studie steht im Internet unter: www.stiftunggesundheits.de/presse/start_forschung.htm ik / Stiftung Gesundheit

■ Altersgrenze: Kleiner Erfolg

Beschwerden oder Klagen gegen die Beendigung der Vertragsarztzulassung wegen der Altersgrenze von 68 Jahren haben in Bayern aufschiebende Wirkung. Das hat das Landessozialgericht Bayern entschieden (Landessozialgericht Bayern, Az.: L 12 KA 835/06 KR ER). Bayerische Vertragsärzte, die Rechtsmittel gegen den „Zwangsruhestand“ einge-

legt hatten, können damit zumindest vorerst als Vertragsarzt weiterarbeiten. Die bayerischen Richter wenden sich mit diesem Beschluss ausdrücklich gegen die anders lautende Auffassung des Landessozialgerichts Hessen. Die Entscheidung des bayerischen Landessozialgerichts gilt nur für Bayern. Ein für Oktober oder November erwartetes ablehnendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs über die Rechtmäßigkeit nationaler Altersgrenzen könnte auch auf die Altersgrenze bei den deutschen Vertragsärzten anwendbar sein. ik / Ärztezeitung

■ BMG: Nichtversicherte im Visier

Eine bundesweite Aufklärungskampagne über das Rückkehrrecht und die Versicherungspflicht ehemals gesetzlich Versicherter kündigte Klaus Vater, Sprecher im Bundesgesundheitsministerium, an. Die Zahl der Nichtversicherten, die seit Inkrafttreten der Gesundheitsreform in die GKV zurückgekehrt sind, bezifferte Vater gegenüber der „Thüringer Allgemeinen“ mit 43 000. Vor dem Reformstart im April schätzte das BMG die Zahl der Nichtversicherten bundesweit auf zwischen 150 000 und 300 000 Personen. Die Versicherungspflicht für ehemalige Privatversicherte ohne aktuellen Schutz gilt erst ab 2009. Bis dahin setzt die Regierung auf Appelle. js

■ Gesundheitskarte I: Patentstreit

Medienberichten zufolge droht den Verfechtern der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) neues Ungemach: Laut „Dienst für Gesellschaftspolitik“ fordert die Telekom von AOK, DAK und TK Lizenzgebühren für bestimmte PIN-Verfahren, falls diese auf der Karte eingesetzt werden sollten. Die Telekom-Einheit T-Systems hatte sich an den Ausschreibungen der Kassen zur Gesundheitskarte beteiligt, jedoch ohne Erfolg.

In einem Brief an die gematik sollen die Kassen erklärt haben, die Telekom interpretiere ihr Schutzrecht so, dass die Telekom alle PIN-Verfahren der Gesundheitskarte blockieren könnte. Ein Sprecher der TK soll gegenüber dem „Ärzte-Nachrichtendienst“ angekündigt haben, für die zunächst geplanten Funktionen sei eine PIN nicht notwendig. Lediglich das elektronische Rezept könne sich dadurch verzögern. Notfalls könne die Karte ganz ohne PIN ausgegeben und später upgedatet werden.

T-Systems erklärte, viele Dienstleistungen für Informations- und Kommunikationstechnik beruhen auf langjähriger Entwicklungsarbeit. Es liege auf der Hand, dass ein Unternehmen großes Interesse daran habe, seine Erfindungen zu schützen. js

■ Gesundheitskarte II: Informationsdefizit

Eine bundesweite Befragung der Fachhochschule Flensburg hat ergeben, dass in der deutschen Bevölkerung ein gehöriges Informationsdefizit zur Gesundheitskarte besteht. „Fast 80 Prozent der Befragten fühlten sich schlecht oder eher schlecht informiert“, erklärte Professor Dr. Roland Trill, Autor der Studie, in „zahn-online.de“. Besonders schlecht sei die Informationslage bei der Einführung einer elektronischen Patientenakte (EPA). Hier summieren sich die Unsicherheit auf fast 86 Prozent. Den Nutzen der eGK schätzten die Bürger hingegen grundsätzlich mit 45 Prozent recht hoch ein. ho

■ Ärzte: Fast Vollbeschäftigung

Im August waren 3 918 Ärzte bei den deutschen Arbeitsämtern gemeldet. Das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 2,2 Prozent. Zwei Jahre zuvor waren laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit noch 6 955 Ärzte arbeitslos; das ist eine Quote von 3,9 Prozent. Noch weniger Arbeitssuchende gibt es bei den Apothekern. Nur 667 der knapp 47 000 Apotheker sind ohne Arbeit. Das ist eine Quote von 1,4 Prozent. Zum Vergleich: Die aktuelle Arbeitslosenquote in Deutschland beträgt 8,8 Prozent. Auch auf dem Arbeitsmarkt für Arzt- und Zahnarzthelferinnen hat sich die Lage entspannt. Im September 2005 waren noch 7,1 Prozent der Arzt- und Zahnarzthelferinnen ohne Job. Im Frühjahr 2007 hatte sich diese Quote nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bereits auf 5,1 Prozent verbessert. Für Schulabgänger, die den Beruf der Arzthelferin ergreifen wollen, ist die Situation jedoch weniger erfreulich. Während vor fünf Jahren 16 705 angehende Arzthelferinnen ihre Ausbildung beginnen konnten, sank die Zahl der Berufsanfängerinnen im vergangenen Jahr auf 13 859 junge Menschen. Auch die Zahl der Lehrstellen für Zahnarzthelferinnen verringerte sich in den vergangenen fünf Jahren von 14 156 auf 11 133. ho